

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

7.2.1928 (No. 32)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkontos: Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: G. K. W. u. d. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einst. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Mindestsatz des Jannars berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontoführung fällt der Fall die Zeitung verliert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die „Zwickmühle“ der deutschen Reparationszahlungen

Die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem Jahresbericht von Barter Gilbert und der Frage der Durchführung des Dawesplanes und gelangt zu folgenden Schlüssen:

„Das dritte Dawesjahr ist erfolgreich zu Ende gegangen. Deutschland ist seinen Verpflichtungen nachgekommen. Oder vielmehr ist es richtiger zu sagen, daß Amerika Deutschland geholfen hat, die Entschädigungszahlungen zu leisten. Deutschland hat die Zahlungen dadurch leisten können, daß es seine feste Darlehensschuld an Amerika erhöhte. Der Dawesplan hat ein Geldzirkulationssystem geschaffen. Amerika leiht Geld an Deutschland, das damit seine Schuld an Frankreich und England bezahlt, wonach diese Länder als Abzahlung ihrer Kriegsschulden das Geld nach Amerika zurückziehen lassen, das darauf Deutschland von neuem Darlehen gewährt und so fort. Die Wirkung besteht also eigentlich in einer Schuldverlagerung. Die Entschädigungsschuld Deutschlands und die Kriegsschulden der Alliierten werden in eine deutsche Darlehensschuld an Amerika verwandelt.

Es ist klar, daß diese Zwickmühle nicht fortdauernd in Gang gehalten werden kann. Deutschland erhält zwei Zahlungsverpflichtungen anstatt der einen, nämlich eine Entschädigungsschuld und eine Darlehensschuld, und beide werden mit jedem Jahre drückender. Wenn der Kredit Deutschlands in Amerika erschöpft ist, muß es Entschädigungen und die Rückzahlung der Darlehen aus eigener Tasche tragen. Wenn es dazu nicht imstande ist, entsteht die Frage: welche Forderung hat nun das Vorrrecht? Frankreich sagt, daß die Entschädigung die absolute Priorität habe, Amerika bestrittet das. Der Streit trägt aber dazu bei, Deutschlands Kredit zu lähmen, um so mehr, als die Höhe seiner Entschädigungsverpflichtungen noch immer nicht bestimmt ist.

Deutschlands Schuld wurde zwar durch das Londoner Abkommen von 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt, und der Dawesplan hat daran nichts geändert. Es handelt sich bei ihm nicht darum, was Deutschland bezahlen soll, sondern wie es bezahlen kann. Es war — und ist — ein Experiment. Da aber Deutschlands Ratenzahlungen nach diesem Plane nicht einmal eine genügende Verzinsung, geschweige denn eine Abzahlung der Totalschuld von 132 Milliarden Goldmark darstellen, ist das Londoner Abkommen in Wirklichkeit hinfällig geworden. Deutschland leistet jährliche Abzahlungen, aber womit und wie lange, das weiß niemand.

Dieser Zustand kann nicht fortgesetzt werden, das ist der Inhalt des Gilbertschen Jahresberichts. Das kommt den Sachverständigen nicht unerwartet, auch nicht den französischen. Es hat aber wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt, daß man nun ausspricht, was man — besonders in Frankreich — bisher sorgfältig verschwiegen hatte. Nun hat eine von allen anerkannte Autorität gesprochen und diesmal kann man nicht um die Frage herumkommen, indem man vom „deutschen bösen Willen“ und dergleichen spricht.“

Die Frage der Revision des Dawesplanes, die ja auch mit der Revision der interalliierten Kriegsschulden und der Gesamtentschädigungssumme verknüpft sein werde, wird nach der Ansicht von „Politiken“ der Mittelpunkt der internationalen Politik der nächsten Zeit werden. Vorher freilich mußten erst die französischen Wahlen und die amerikanischen Präsidentenwahl erledigt sein.

Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete

RD. Berlin, 7. Febr. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete besprach heute die Notlage der Stadt- und Landgemeinden des besetzten Gebietes.

Abg. Dr. Bayersdorfer (Bayr. Vp.) leitete die Verhandlung mit einer Übersicht über die Lage des besetzten Gebietes ein. Staatssekretär Schmid: Die Notlage der Stadt- und Landgemeinden ist nicht bloß eine Besonderheit des besetzten Gebietes im Westen; für die Gemeinden im besetzten Gebiete kommen zu der allgemeinen Notlage noch besondere Umstände hinzu, welche die spezielle Notlage noch verschärfen. Es sind gewisse gemeindliche Aufwendungen aus nationalen Gründen nicht zu vermeiden. Es ist einmal die Frage der Theater- und Orchestervereinigungen, und dann die Frage der Verstaatlichung der Polizei. Namentlich die Städte Trier und Koblenz leiden hier schwer. Für die Theater- und Orchestervereinigungen ist nimmere eine Million Reichsmark vom Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellt.

Japan und die Abschaffung der Unterseeboote

WVB. Tokio, 7. Febr. (Reuter.) Die Erklärung Kelloggs, daß die amerikanische Regierung bereit sei, mit allen Mächten der Welt einen Vertrag abzuschließen, durch den der Gebrauch von Unterseebooten untersagt werden würde, wird in Tokio mehr als frommer Wunsch denn als praktischer Vorschlag betrachtet. Es scheint, daß das Marineministerium diesen Vorschlag für eine nicht ernstere Sache hält, als das neulich veröffentlichte Programm der Flottenvermehrung, an dessen Ausführung die Marinekreise nicht glauben. Es wird in Abrede gestellt, daß Kellogg vor seinen Erklärungen in Tokio Erwägungen eingebracht habe und hinzugefügt, daß sich die Ansicht Japans über die Abschaffung der Unterseeboote seit der Washingtoner Konferenz nicht geändert habe. Japan habe den Vorschlag grundsätzlich angenommen, aber nur unter der Bedingung, daß alle Mächte ihn annehmen.

Letzte Nachrichten

Das Schulgesetz in der Sachgasse

M. Berlin, 7. Febr. (Priv.-Tel.) Die „Germania“ hat sich heute früh gegen die auch in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung gewendet, daß die Besprechungen über das Reichsschulgesetz bereits gescheitert seien. Die „Germania“ schrieb, daß trotz der Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben haben, die Versuche fortgesetzt würden, zu einer einigenden Formel zu gelangen.

Diese Äußerungen der „Germania“ bedeuten einen letzten Versuch einen Druck auf die Deutsche Volkspartei auszuüben, denn es wird von ihr klar gesagt, daß man nicht mehr lange sich gedulden könne. Gleichzeitig sehen auch Bemerkungen deutschnationaler Blätter ein, die in klarer Richtung weisen. Es scheint auch als ob der rechte Flügel der Volkspartei unter Führung von Dr. Heinze von sich aus den Versuch mache, noch einmal die Verhandlungen in Gang zu bringen. In parlamentarischen Kreisen wird aber weder das eine noch das andere für sehr aussichtsreich gehalten, da die Deutsche Volkspartei am 12. ihren Kultur- und Schulrat einberuft, von dem man annimmt, daß er ziemlich radikale Entschlüsse fassen wird, die dann eine Festlegung bedeuten. Man ist daher ziemlich pessimistisch und glaubt, daß für das Zentrum in der nächsten Woche eine gewisse Zwangslage gegeben ist, die nur durch eine entscheidende Wendung abgefohlen werden kann.

Kabinettsitzung

M. Berlin, 7. Febr. (Priv.-Tel.) In einer Kabinettsitzung, die heute vormittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten stattfand, hat man sich nicht nur mit der Diktionshilfe beschäftigt, die als offizieller Verhandlungsgegenstand der Tagesordnung genannt war, sondern auch mit der Not der Landwirtschaft im allgemeinen in allen Teilen Deutschlands.

Verschlechterung der Aussichten für das Kriegsschadensschlusgesetz

M. Berlin, 7. Febr. (Priv.-Tel.) Die Aussichten für das Kriegsschadenschlusgesetz haben sich noch weiter verschlechtert. Das Kabinett ist im wesentlichen noch Standpunkt des Finanzministers Dr. Brücker begetreten, wonach man keine weiteren Lasten auf sich nehmen dürfe, weil es die finanzielle Lage nicht gestatte. Auch die vorgeschlagene Zukunftsbelaftung in Form eines Verbesserungsscheines ist abgelehnt worden. Man ist nur in den Zugeständnissen soweit gegangen, daß man spätere Nachprüfungen vornehmen will. Die Vorschläge des Finanzministers sehen eine Summe von einer Milliarde vor, während die Ansprüche der Arbeitsgemeinschaft sich auf 2,8 Milliarden belaufen.

Ein neues Dokument aus der Separatistenzeit

Frankfurt, 7. Febr. Welch ungeheuerlichen Pläne der Separatismus hegte und mit welchen Mitteln er sich finanzieren wollte, wird erstlich aus einer neuen Veröffentlichung, die soeben im Heft 8 der „Beiträge zum Separatismus in Rheinprovinz“ erschienen ist. Der Separatismus hatte keine Kassen. Da zu befürchten stand, daß seine Anhänger beim Ausbleiben von Geldmitteln die Gefolgschaft verweigerten, trugen sich die Separatistenführer mit dem Gedanken, die Waldungen von Starkenburg, die im besetzten Gebiete lagen, abzuholzen und das Holz an Frankreich zu verkaufen. Würde dieser Plan zur Ausführung kommen, so hätte man den Groß-Gerauer Wald und einen großen Teil des Frankfurter Stadtwaldes — auch an diesen war gedacht — radikal beseitigt. Man verhandelte über diesen Altentatsplan gegen die deutsche Forstwirtschaft auch mit der hohen interalliierten Kommission, die jedoch die Erlaubnis verweigerte.

Die Schwindelnachricht über Portugal. Nach einer Wästermeldung aus Paris stellt sich heraus, daß die von den Pariser Morgenblättern in Sonderausgaben gebrachte Meldung über den Ausbruch der Revolution in Portugal das Werk eines üblen Späßvogels ist. Die portugiesische Gesandtschaft dementiert diese Nachricht auf das entschiedenste.

Schneestürme in Rußland. An der Laßkewitzer Eisenbahn wütet ein Schneesturm, der die Einstellung des Verkehrs auf der ganzen Linie zur Folge hatte. Der Bahnhöfer ist an vielen Stellen von bis zu 10 Meter hohen Schneeschichten bedeckt. Die Stadt Aklutinsk ist vom Schnee vergraben. Die Schneemassen liegen bis zu 21 Fuß hoch. Auch aus Charlou, Tiflis und der Krim werden Schneestürme gemeldet. Der Eisenbahnverkehr mußte auch dort gänzlich unterbrochen werden.

Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege

Wenn heute noch hier und da Epidemien oder Massenerkrankungen auftreten, so haben sie das eine Gute, daß sie Behörden und Öffentlichkeit erneut auf die ungeheure Bedeutung der öffentlichen Gesundheitspflege hinweisen. Nur zu oft tritt diese im kommunalen Leben allzusehr in den Hintergrund. Von einer gut organisierten Gesundheitspflege hängt aber nicht weniger ab als Leben und Gesundheit der gesamten Bevölkerung.

Zwei Gebiete der Gesundheitspflege sind es vor allem, auf denen durch die Tätigkeit der kommunalen Verwaltungen die Gesundheit der Bevölkerung sichergestellt werden muß. Das ist die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung. Die großen Überschwemmungen der letzten Jahre haben aufs neue die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gerichtet, daß noch nicht überall die Wasserversorgung ausschließlich durch Grundwasserwerke erfolgt. Aber auch dort, wo das in regulären Zeiten der Fall ist, kommt es nicht selten vor, daß bei Überschwemmungen das Trinkwasser durch Oberflächenzuströme in gesundheitsgefährdender Weise verunreinigt wird. Große Hochwasserüberschwemmungen vermögen den Untergrund erheblich zu verändern und Verschiebungen in dem Erdbreich zu veranlassen, durch die dem filtrierten Trinkwasser unreines Wasser zugeführt werden kann. Besonders in Zeiten hohen Wasserstandes wird also das Trinkwasser fortlaufend bakteriologisch überwacht werden müssen. Das ist eine Aufgabe, der sich keine Gemeinde entziehen sollte. Da reines Grundwasser praktisch keimfrei ist, beweist schon das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Keimen im Trinkwasser, auch wenn es sich meist nur um harmlose Wasserbakterien handelt, daß ein Anfluß von Oberflächenwasser stattfindet. Wo die Untersuchung das Vorhandensein einer größeren Anzahl von Keimen im Trinkwasser ergibt, sollte unter allen Umständen eine Reinigung durch Chlorierung des Wassers vorgenommen werden. Grundsätzlich sollten alle Gemeinden den größten Wert darauf legen, nur reines Grundwasser für die Trinkwasserbereitung der Einwohner zu verwenden.

Eine ständige Beobachtung und Untersuchung des Wassers ist auch bei den öffentlichen Schwimmbädern notwendig. Erfreulicherweise hat man in den letzten Jahren selbst in kleinen Gemeinden überall Schwimmbäder zur allgemeinen Benutzung eingerichtet. Wo natürliches, fließendes Wasser vorhanden ist, sind diese Schwimmbäder im Freien den Hallenbädern in der warmen Jahreszeit zweifellos vorzuziehen. Trotzdem sind heute, zum mindesten in Städten mit mehr als 5000 bis 10 000 Einwohnern, auch geschlossene Hallenbäder mit Schwimmbetten unentbehrlich, schon mit Rücksicht auf die unter allen Umständen wünschenswerte Förderung des Schwimmens im Rahmen des Schulunterrichts. Eine richtige Gesundheitspflege erfordert aber eine möglichst häufige Erneuerung des Wassers in den Schwimmbädern, weil diese sonst leicht zu Ursachen ansteckender Krankheiten werden können. Wo eine genügend häufige Erneuerung des Wassers nicht durchführbar ist, sollte gleichfalls eine Reinigung durch Chlorzusatz, möglichst täglich, vorgenommen werden.

Die Bedeutung öffentlicher Krankenhäuser braucht heute den Gemeinden wohl kaum in Erinnerung gebracht werden. Trotzdem ist die finanzielle Not der Gemeinden nicht selten so groß, daß die in den Krankenhäusern vorhandenen Betten in den Zeiten von Massenerkrankungen nicht ausreichen. Durch Einrichtung einer geordneten Hauskrankenpflege können die Krankenhäuser häufig in fühlbarer Weise entlastet werden. Man darf aber nicht verkennen, daß unsere heutige Wohnungsnot vielfach eine ausreichende Pflege der Kranken in den Wohnungen unmöglich macht. Der Bau von modernen Krankenhäusern darf daher keineswegs aus Sparstrenge allzulange vernachlässigt werden. Man versteht es heute, in billiger Bauweise Krankenhäuser mittleren Umfangs herzustellen, die einer verhältnismäßig großen Anzahl von Kranken Pflege — unter Zuführung von möglichst viel Licht, Luft und Sonne, den wichtigsten Helfern der Genesung — Unterkunft und Gesundheitsförderung bieten.

Große Aufmerksamkeit haben die Gemeinden in den letzten Jahren mit Recht der Entwicklung des Turn- und Sportwesens zugewendet. Seitdem die körperliche Erhaltung der Jugend durch den Wegfall des Militärdienstjahres nicht unwesentlich beeinträchtigt worden ist, muß die Pflege der Körperübungen als ein unentbehrlicher Teil der Gesundheitsfürsorge angesehen werden. Gewiß machen sich auch im Sportleben, wie auch auf anderen Gebieten des Lebens, Übertreibungen und Einseitigkeiten bemerkbar. Wo der Sportbetrieb in Vergnügungs-

Mit der Beilage: 11. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

